

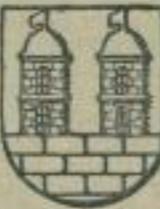
Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 25614

Abrechnung möglich mit Abnahmen der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geldabholung monatlich 4 M., durch unsere Käufleute zugestraßen in der Stadt monatlich 4,50 M., auf dem Lande 4,80 M., durch die Post bezahlt monatlich 12,50 M. mit Aufzugsgebühr. Alle Postanstalten und Poststellen sowie unsere Käufleute und Geschäftsführer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises.



Abrechnungspreis 1 M. für die gehaltene Postzuliste oder deren Raum, Loslesepreis 90 Pf., Rechnung 2,50 M. Bei Werbeabholung und Jahresabonnementen entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil sind von Beträgen, die zugeschaffte Postzuliste 2 M. Nachstellungsschätz 50 Pf. Anzeigenanträge ist vom Tag bis zum Tag abzurechnen. Für die Richtigkeit der durch Fernsprecher bestimmten Angaben übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Automat erzielt, wenn der Betrag durch Mänge eingesogen werden muss oder bei Abzugserfordernis zu Rücksicht genommen wird.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Löffig, für den Herausgeber: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 29.

Freitag den 4. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Montag den 7. Februar 1921 vormittags 11 Uhr

wird im Verhandlungssaal des amtsaufmannschaftlichen Dienstgebäudes

öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden.

Die Tagesordnung hängt vom 3. Februar 1921 ab im Anmeldezimmer der Amtshauptmannschaft aus.

Meißen, am 2. Februar 1921.

Nr. 29 I B.

Der Amtshauptmann.

Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Meißen-Land.

In der Woche vom 6. bis 12. Februar 1921 werden im Bezirk des Kommunalverbandes Meißen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

a) auf sämtliche Nährmittellarten, Reihe IV, Abschnitt 7

250 Gramm Kochmehl Pfundpreis 5,20 M.

250 Teigwaren 8,-

b) auf sämtliche Lebensmittellarten, Reihe IV, Abschnitt 7

soweit Vorrat reicht

500 Gramm Reis Pfundpreis 3,50 M.

1 Dose fett. Milch mit Zucker Preis für die Dose 11,-

oder 1 ohne 8,50

c) auf graue und grüne Lebensmittellarten, Abschnitt 7

1 Tüte je 1/4 Pfund bzw. Malz Preis für die Tüte 2,50 M.

Die Händler haben sich wegen des Bezuges der Waren unverzüglich mit ihren Handelsstellen in Verbindung zu setzen.

Es wird darauf hingewiesen, daß nicht abbeließte Waren nicht zurückgenommen werden.

Ein Verkauf der Lebensmittel vor der angezeigten Zeit darf nicht erfolgen.

Meißen, den 2. Februar 1921.

Nr. 29 II F.

Die Amtshauptmannschaft.

Kartoffelverkauf. Freitag den 4. Februar 1-4 Uhr in der neuen Schule Fortsetzung des Verkaufs von Kartoffeln, Jenner 35 Mark.

Wilsdruff, den 1. Februar 1921. Der Stadtrat. — Kriegswirtschaftsamt.

Freitag den 4. Februar vormittags 11-1 Uhr

Ausgabe der Spiritusmarken.

Beliebt werden sämtliche weißen Ausweise und die roten Ausweise auf Nr. 401-580.

Wilsdruff, am 1. Februar 1921.

Der Stadtrat.

Grumbach.

Von 15. Februar 1921 sind die Staatsgrundsteuer, die Landeskulturrabatte, das Lichtgeld und die Reichseinkommensteuer 4. Termin in den Vormittagsstunden an die hierige Ortssteuereinnahme abzuführen. Die Staatssteuerzeit auf 1920 sind zur Entlastung vorzulegen. Nach Frühlingslauf erfolgt kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Grumbach, am 3. Februar 1921.

Der Gemeindevorstand.

Gehen wir nach London?

Wenn im deutschen Volke eine Urabstimmung über die Frage vorgenommen werden könnte, ob unsere Regierung der von der Entente angelündigten Einladung zur Entscheidung dazu geeigneter Sachverständiger nach London entsprechen soll, um dort über die Pariser Reparationsbeschlüsse ein Einvernehmen herzustellen — ein großer Teil der Stimmberechtigten würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach für ein unzweckiges Nein entscheiden. Als Staatsminister Dr. Hartig, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, am Abend nach der Veröffentlichung der Pariser Beschlüsse in einer großen Wählerversammlung seiner Entrüstung über dieses neueste Machwerk der Entente-Weltpolitik Ausdruck gab und hinzufügte, die einzige Antwort, die uns wohlausstände nach allem, was geschehen, müsse lauten: wir gehen nicht nach London, wir geben nicht nach Brüssel, sandt er die stürmische Zustimmung der Zuhörer. Was ja immer noch nicht viel besagen will. Aber selbst in diesen Einzelgesprächen unter rubigen, durchaus nicht leichtfertig veranlagten Menschen kann man in diesen Tagen sehr oft die Überzeugung vertreten hören, daß es unter unserer Würde sei, diesen jungenen Einladungen fernherin noch Folge zu leisten. Und wer selbst imstande ist, diesen Gesichtspunkt noch auszuhalten, weil es sich um das Wohl und Wehe eines ganzen großen Volkes handelt, der muß sich doch die Frage vorlegen, ob denn die Londoner Verhandlungen überhaupt noch irgendwelche Aussicht bieten, das Los zu mildern, das in den Pariser Beschlägen für uns beschlossen ist. Da kann man nur sagen: die Spuren kreisen. Als wir in Spa „gehörten“ wurden, geschah es auf Grund eines Diktats, über das die Sieger sich vorher in mühevollen Sitzungen geeinigt hatten. Was unsere Bevollmächtigten demgegenüber an Erleichterungen erreichen konnten, um es verb auszudrücken, eine Stuh auf dem Schwanz forttragen. Ob wir unterrichten, ob wir nicht unterschreiben, es mache im Endergebnis nicht den geringsten Unterschied aus. Jetzt aber stehen wir vor der Tatsache, daß, trotzdem Herr Dr. Simons sich damals für die Unterchrift entschied, mit ihm versöhnen wird wie mit einem Galeriensträfling, dem man gerade in dem Augenblick, wo er unter den ihm aufgebürodeten Kosten zu erliegen droht, neue schwere Gewichte auf den Rücken häusigt, um ihm ja auch mit den letzten Funken aus dem Leibe zu treiben. Dr. Simons spricht von Gegenvorschlägen, die er ausarbeiten will, um sie in London auf den Verhandlungstisch niederslegen. Jedem Deutschen muß die Röte der Scham ins Gesicht steigen, wenn er daran denkt, daß die Regierung seines Landes mit den Vätern dieser Pariser Beschlüsse sich an einen Tisch setzen soll. Mit Leuten, die uns heute feierlich zusagen, man würde uns binnen wenigen Wochen zu abschließenden Verhandlungen nach Genf bitten, und die uns statt dessen morgen nach London „laden“, ohne ein Wort darüber zu berücksichtigen, daß London für uns nicht ganz dasselbe ist und sein kann wie Genf. Mit Leuten, die soeben vor der ganzen Welt laut und vernehmlich erklärt haben, daß sie uns in ihrem Völkerbund nicht aufnehmen wollen; mit Leuten, die überdies den uns abgepreßten Friedensvertrag überall da, wo es ihnen gefällt, wie Lust behandeln, um dafür in den Punkten, wo wir ihn verletzt haben sollen,

Strafbestimmung auf Strafbestimmung zu häufen. Der deutsche Unterhändler, der trotz allem sich dazu entschließen kann, nach London zu gehen, verdient die Märtyrerkrone — gleichviel wie es Lloyd George gefallen wird, ihn im Angesicht der halb höhnisch, halb mitleidig zuschauenden Völker zu behandeln.

Aber was hilft das alles: Dr. Simons fragt nicht das deutsche Volk, sondern, an erster Stelle wenigstens, sein eigenes Gewissen, und daran tut er natürlich recht und abermals recht. Er darf, er muß die Empfindungen unterdrücken, die mit allen Deutschen auch sein Herz in diesen Tagen erfüllen, er hat die Pflicht, lediglich den Eingebungen des Verstandes zu folgen, und selbst die allerleitigen Möglichkeiten, unser Los wirklich noch etwas erträglicher gestalten zu können, nicht ungenutzt zu lassen. Freilich, würde nicht ein Aufschrei der Dual doch härteren Eindruck machen als das Heischen um Trachten und Raten, in daß die Londoner Verhandlungen doch schließlich auslaufen werden? Wäre es nicht besser, wäre es nicht möglicherweise sogar klüger, wir hörten endlich auf von Verzweiflung zu reden, und gingen endlich auch zu Taten der Verzweiflung über?

Überlegen Sie sich diese Frage noch einmal, Herr Dr. Simons, ehe Sie nach London gehen! Dr. Sy.

Der Ris in der Entente.

Zurück vor gänzlichem Beruh.

Der Pariser Vertreter der regierungsoffiziösen Londoner „Westminster Gazette“ veröffentlicht in diesem Blatt ausschenerregende Erklärungen. Er sagt, die ganzen Möglichkeiten des Schadensvertrages seien eine große Lüge und Frankreich wiege sich in Illusionen. Weiter schreibt der offenbar bestens unterrichtete Korrespondent:

Deshalb darf man der Bevölkerung Englands und Frankreichs nicht deutlich machen, daß die Bahnen, die notwendigerweise für den militärischen Schadensvertrag angegeben werden müssen, verhältnismäßig niedrig sein müssen. Selbstverständlich wird die Bevölkerung in Frankreich wissen, wenn sie hört, daß man sie betrogen hat. Aber diese Wut wird vorübergehen und das Ergebnis, daß man die Wahrheit in den Vordergrund gebracht hat, wird nur heilsam sein können. In England fangen schon viele Leute an, die Wahrheit zu ergründen. Aber man verfügt über ein erfahruntes Maß von Selbsttäuschung, das der Lüge ein Ende gemacht wird, wird eine unvermeidliche Folge davon sein, daß die Entente auseinanderfällt.

Die Entente war bereits längere Zeit gefährdet und nichts hat sie so viel benachteiligt, wie die Frohe des Schadensvertrages. Die englischen Vertreter würden die Konferenz gern einige Zeit verschoben haben, damit Briand Zeit bekommen habe, um sich einzuarbeiten und seine Auffassung in Übereinstimmung mit der seiner Minister zu bringen. Es waren die Franzosen, die mit allen Gewalt die Konferenz abhalten wollten, die nichts anderes als einen unpraktischen und unbedeutenden Vergleich zur Folge haben konnten. Es wird immer klarer, daß der fröhliche Weg eine großzügige Plastierung ist. Dies geht aus verschiedenen Erklärungen hervor, die mit großer Freimütigkeit ausgesprochen werden. Wahrscheinlich

wird Deutschland in einiger Zeit mit seinen Zahlungen in Rückstand bleiben und wahrscheinlich werden die Alliierten, die vor dem Kriege mehr als ein Drittel der gesamten Ausfuhr erzielten, unruhig werden wegen der Überflutung der Märkte mit deutschen Waren. Der Korrespondent deutet dann einige Widerprüche der Beschlüsse an und meint: Kurz, je mehr man die Abreise der Pariser Konferenz betrachtet, um so mehr ist man davon überzeugt, daß das System völlig ungünstig ist und als ziemlich ungern selbst von denjenigen betrachtet wird, die es ausgearbeitet haben.

Auch Amerika protestiert!

Nach einer Nachmeldung aus Washington scheint man in amerikanischen offiziellen Kreisen nur eine sehr bedingte Bestreitung über das Reparationsprogramm der Verbündeten zu empfinden. Man sage, daß die Ausführung der Bestimmung nicht nur vom guten Willen Deutschlands, sondern auch von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhänge. Man erkenne an, daß Deutschland den Grundsatz einer Zahlung von Annuitäten annehmen müsse. Was aber die zwölfsprozentige Exportsteuer anbetrifft, so werde ernsthafter Zweifel über die Weisheit und Zweckmäßigkeit ihres Grundgesetzes laut. Man erwarte, daß die amerikanische Regierung den Verbündeten Mächten eine offizielle Mitteilung mache, daß die Vereinigten Staaten, obwohl sie nicht an der Konferenz von Paris teilgenommen hätten, Einwendungen machen würden hinsichtlich des unpraktischen Charakters des in Paris aufgestellten Reparationsprogramms, das nicht nur bedeutende Folgen für die Handelsbeziehungen Amerikas zu Deutschland, sondern auch zu den Großmächten des Verbandes haben könne.

Lieber in die Wüste Sahara.

Das Kopenhagener sozialdemokratische Organ wendet sich in einem Zeitartikel aufs schärfste gegen die Forderungen an Deutschland und nennt sie, namentlich im Hinblick auf die zu erwartende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, schreckliche Notheit und unbarmherziges, grausames Todesurteil. Die Zeitung führt fort: Wenn die Sieger das ganze deutsche Volk nach Afrika deportieren und in die Sahara gelagert hätten, so wäre das menschlicher gewesen. Wir betrachten es als sicher, daß die Arbeiter der ganzen Welt, auch die der siegreichen Länder, sich erheben und gegen diese Entscheidung protestieren werden. Denn ein Sklavenleben, wie es der deutschen Arbeiterklasse zugesetzt ist, wird selbstverständlich nur dazu beitragen, daß die Arbeiter auch in andern Ländern in das schwärzeste Elend geraten. Das deutsche Volk wird natürlich diese wahnwürige Entschädigung nicht bezahlen, und die Sieger können den Betrag nicht eintreiben. Selbst die schwärzesten Soldaten werden auf die Dauer zu einem 42jährigen Plünderungszug in dem zum Tode verurteilten Lande unangänglich sein.

Wechsel über 150 Milliarden.

Die Franzosen glauben in ihrem Elter, daß die ganze Sache mit den Pariser Beschüssen schon erledigt sei. Einige Abgeordnete — anscheinend ganz „besondere Finanzkünster“ — haben nämlich bereits in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, zwecks unverzüglicher Abwendung der französischen Schuldforderung an Deutschland. Dieser Entwurf sieht die Auflösung von Weblein